



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

28. Juni 2018

Ein Jahr nach G20 +++ Binnenalster zuballern? +++ Mietenmove statt Mietpreisbremschen +++ 10 Jahre Linksfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,



**Kritische Radtour
durch den Hafen
(mehr auf S. 9)
Freitag, 6. Juli, 16.00 Uhr,
vor dem Alten Elbtunnel
(Steinwerder-Seite)
Mit Gerald Kemski,
Norbert Hackbusch und
Heike Sudmann**

Erholung kann schon am Heuckelock anfangen! (Foto: M. Fisch)

das erste Halbjahr neigt sich zum Ende, für hoffentlich viele stehen ein paar Urlaubstage bevor. Für die Abgeordneten beginnt am 5. Juli die sitzungsfreie Zeit, parallel zu den Schulferien. Was nicht heißt, die Arbeit sechs Wochen ruhen zu lassen, im Gegenteil, die kommenden Wochen sind eine der wenigen Phasen, in denen Liegendebliebenes aufgearbeitet, die Akten befrachtet und neue Anfragen und Anträge zumindest schon einmal angedacht werden können. Für größere konzeptionelle Überlegungen bleibt im Alltag des Parlaments- und Politikbetriebs oft keine oder nur wenig Zeit, man(n) und frau hetzen von einer Ausschusssitzung zur nächsten, dazwischen finden Hintergrund- oder Pressegespräche statt, abends liegt so manche Veranstaltung an, um mit den Menschen Probleme und politische Anliegen zu diskutieren. Und was für die Abgeordneten gilt, das trifft in ähnlicher Weise auch für die MitarbeiterInnen zu.

Leider werden die Parlamentsferien auch dafür zu nutzen sein, sich mental auf die nervenden, aber eminent wichtigen Debatten über den Doppelhaushalt 2019/2020 einzustellen, schließlich geht es um das Wichtigste auch im Politikgeschäft: das vorhandene Geld und dessen Verteilung. Nicht, dass wir uns Illusionen machen, auch nur einen Antrag für

eine soziale Wende in dieser Stadt gegen die Regierungsmehrheit der SPD und der GRÜNEN durchsetzen zu können. Aber wir empfinden es als einen Auftrag der WählerInnen, gerade in den haushaltspolitischen Auseinandersetzungen Flagge zu zeigen und klarzumachen, was DIE LINKE im Großen und Ganzen in unserer Stadt anders machen würde. Insofern gehen wir die sich bis Dezember 2018 hinziehende Haushaltsdebatte mit mindestens ebensolchem Ernst an wie die Behörden und der Senat.

Ansonsten weisen wir darauf hin, dass unser »BürgerInnenbrief« eine kleine (Sommer-)Pause einlegt, dafür fällt diese Doppelnummer ein bisschen üppiger aus. Die nächste Ausgabe, die 153. Nummer im elften Jahr, erscheint dann wieder Mitte August. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern, unseren FreundInnen und engagierten MitstreiterInnen von nah und fern einen wunderschönen, sonnenüberfluteten Sommer 2018. Und freuen uns auf ein »Wiedersehen«, nicht zuletzt bei den vielfältigen Aktionen und Demonstrationen auf den Straßen im zweiten Halbjahr, z.B. zur We'll-Come-United-Parade am 29. September ...

Herausgeberinnen und Redaktion

Das ist ja wohl der Gipfel!

Nathalie Meyer über Polizeigewalt während des G20-Gipfels und deren Aufarbeitung



Polizeiwagen kurz vor dem G20-Demo-Einsatz (Foto: M. Joho)

Es sind brutale Videos: Ein junger Mann mit bunten Haaren wird auf dem Fischmarkt von Polizeibediensteten mehrfach gegen den Kopf getreten, am Neuen Pferdemarkt stürmt eine Gruppe Polizeikräfte auf eine Verkehrsinsel, rennt Leute um, verpasst ihnen ein paar Faustschläge und rennt danach einfach weiter. Dass es sich dabei um rechtmäßige Polizeimaßnahmen gehandelt haben soll, ist schon dem ersten Anschein nach unwahrscheinlich. Dennoch hat sich Olaf Scholz kurz nach dem Gipfel mit dem Satz zitieren lassen: »Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.«

Dass er mit diesem Satz wohl ähnlich daneben lag wie mit seinem Vergleich zwischen dem G20-Gipfel und dem Hafengeburtstag, zeigt eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE unter Federführung von Christiane Schneider zu Strafverfahren gegen Polizeibedienstete im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel (Drs. 21/12897 vom 29.5.2018).

Im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel führt das zuständige Dezernat interne Ermittlungen (D.I.E.) aktuell 155 strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete, davon 121, also etwa 78%, wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt. 124 Verfahren der gesamten Verfahren hat das D.I.E. bereits an die Staatsanwaltschaft abgegeben, die über den weiteren Fortgang zu entscheiden hat. Die Staatsanwaltschaft hält es aber offensichtlich wie »Polizeigewalt-hat-es-nicht-gegeben-Scholz« und stellte 52 Ermittlungsverfahren – also über 40% – ohne jede Konsequenz ein. Von den 52 Verfahren wurden 21 Verfahren mit der Begründung eingestellt, dass die Tat nicht nachweisbar sei; in elf weiteren Fällen mussten die Verfahren eingestellt werden, weil die beschuldigten Polizeikräfte nicht zu identifizieren waren. Das

heißt, dass die überwiegende Zahl der Verfahren nicht deshalb eingestellt wurde, weil etwaige Polizeibedienstete nachweislich unschuldig waren, sondern weil eine mögliche Straftat nicht beweisbar war oder der/die Täter/in nicht benannt werden konnte.

Darunter sind Verfahren, die einen fast schmunzeln lassen, wenn der Anlass nicht so wichtig wäre. Einem Polizeibeamten z.B. wurde Körperverletzung im Amt vorgeworfen – er soll einen Feuerlöscher auf DemonstrantInnen geworfen haben. Als Einstellungsgrund wird angegeben, dass es kein gezielter Wurf gewesen und kein Geschädigter vorhanden sei. Es braucht nicht viel Phantasie für die Vorstellung, dass ein entsprechender Vorwurf gegen einen Demonstranten vermutlich zu einer Anklage geführt hätte.

Dass elf Verfahren wegen fehlender Identifizierbarkeit der tatverdächtigen Polizeikräfte eingestellt werden mussten, ist wenig überraschend, schließlich tragen sie bisher alle eine gleichartige Uniform ohne individuelle Identifizierungsmerkmale. Um dieses rechtsstaatliche Defizit zu beheben, hat die Fraktion DIE LINKE (bereits zum dritten Mal seit Einzug in die Bürgerschaft) einen Antrag zur individuellen Kennzeichnung von Polizeikräften gestellt (Drs. 21/12342 vom 14.3.2018). Zeitgleich hatte auch die FDP ein entsprechendes Pendant in der Bürgerschaft eingebracht. Mitte Juni fand zu beiden Anträgen eine ExpertInnenanhörung im Innenausschuss statt, in der sich die Fachleute – mit Ausnahme der Vertreter der beiden Polizeigewerkschaften – darin einig waren, dass eine Kennzeichnungspflicht für Polizeikräfte sinnvoll und keine negativen Erfahrungen bekannt seien. Auch der Senat konnte sich den besseren Argumenten nun nicht länger verschließen und gab Ende Juni bekannt, dass im kommenden Jahr eine

Kennzeichnungspflicht für alle hamburgischen Polizeikräfte eingeführt werde.

Angesichts der Erkenntnisse aus der Großen Anfrage ist dies aber nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Umstand, dass es bisher in keinem einzigen Verfahren gegen Polizeikräfte eine Anklage oder einen Strafbefehl gegeben hat, dafür aber jede Menge Einstellungen, macht misstrauisch

und befördert damit eine alte Forderung: Statt der gegenwärtigen Praxis, in der Polizeibedienstete gegen andere Polizeibedienstete – und damit gegen ihre eigenen KollegInnen – ermitteln, braucht es eine unabhängige Polizeikontrollstelle, die für die Aufklärung polizeilichen Fehlverhaltens zuständig ist.

Ein Jahr nach G20 ...



Hintergrundfoto: Michael Joho

»... ist nichts geklärt!« So ist der Flyer überschrieben, der das hamburgische »Festival der grenzenlosen Solidarität« vom 5. bis 8. Juli ankündigt, genau ein Jahr nach dem wirklich einmaligen, tollen, mitreißenden G20-Gipfel, dessen Auswirkungen die Stadt und insbesondere den »Sonderausschuss Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg« seitdem in Atem halten. »Es sind genau drei Sätze«, schrieb das »Hamburger Abendblatt« bereits am 8. Juli 2017, als die Medien noch auf Feldzug gegen die G20-GegnerInnen waren, »die Olaf Scholz so schnell nicht loswerden wird: ›Wir richten ja auch jährlich den Hafengeburtstag aus«, hatte der Hamburger Bürgermeister vor dem G20-Treffen in seiner Stadt gesagt. ›Es wird Leute geben, die sich am 9. Juli wundern werden, dass der Gipfel schon vorbei ist. Und: ›Wir können die Sicherheit garantieren. Niemand in Hamburg müsse sich Sorgen machen.«

Nun, es ist alles ganz anders gekommen. Scholz hat das wankende Schiff verlassen, die Stimmung hat sich ein ganzes Stück verlagert, inzwischen ist auch so manches Detail bekannt geworden, das die Strategie der Polizei und deren

Auftreten in einem anderen Licht erscheinen lässt. Mensch möge nur einmal die beiden Wortprotokolle des o.a. Sonderausschusses vom 31. Mai (41 Seiten) und 14. Juni (84 Seiten) überfliegen, und schon fragt sich die engagierte Zeitgenossin, was da vor einem Jahr eigentlich alles verbockt wurde und was womöglich noch alles im Dunkeln verborgen ist – beispielsweise hinsichtlich der vermummten PolizistInnen auf der von der Polizei eben wegen der Vermummung von DemonstrantInnen aufgelösten Welcome-to-Hell-Demonstration.

- Das Protokoll des Sonderausschusses vom 31. Mai 2018 gibt es hier: www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/62621/wortprotokoll-der-%C3%B6ffentlichen-sitzung-des-sonderausschusses-gewaltt%C3%A4tige-ausschreitungen-rund-um-den-g20-gipfel-in-hamburg.pdf
- Und hier noch das jüngste Wortprotokoll vom 14. Juni 2018: www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/62879/wortprotokoll-der-%c3%b6ffentlichen-sitzung-des-sonderausschusses-gewaltt%c3%a4tige-ausschreitungen-rund-um-den-g20-gipfel-in-hamburg.pdf

Derweil bereitet sich die G20-kritische Szene auf die »Feierlichkeiten« zum ersten Jahrestag des Gipfels vor. Den Aufruf und die Veranstaltungen im Zeitraum 5. bis 8. Juli lassen sich hier einsehen: www.g20hamburg.org. Aus dem Programm des Festivals der grenzenlosen Solidarität seien hier nur einige markante Termine herausgezogen (siehe Kasten).

Interessant ist sicherlich auch der Film »Hamburger Gitter – Der G20-Gipfel als Schaufenster moderner Polizeiarbeit« von Marco Heinig, Steffen Maurer, Luise Burchard und Luca Vogel, der am 21. Juni seine Premiere feierte. Der 76minütige Film »ist eine kundige Absage an einen Sicherheitsdiskurs, dem alles untergeordnet ist«. Im Mittelpunkt steht der »größte Polizeieinsatz in der bundesdeutschen Geschichte«, die gnadenlose Durchsetzung des G20-Gipfels im Hamburger Schanzenviertel Anfang Juli 2017 (www.taz.de/Film-ueber-G20-Polizeigewalt/15510648/, und: www.neues-deutschland.de/artikel/1091668.dokumentarfilm-hamburger-gitter-die-ganze-geschichte-von-g-erzaehlen.html). Am 18. Juli wird die Dokumentation im Millerntor-Stadion aufgeführt.

- **Donnerstag, 5. Juli**, ab 18.00 Uhr: **Cornern** im Arrivati-Park (Neuer Pferdemarkt/gegenüber Neuer Kamp) und überall dort, wo die Kraft dazu reicht. Den ganzen Abend über sendet der Radiosender »FSK 93,0« live von den Orten der Geschehnisse.
- **Freitag, 6. Juli**, 19.00 Uhr: Eröffnung einer **Gipfel-Ausstellung** im Gängeviertel mit abendlichem Diskussions- und Filmprogramm.
- **Samstag, 7. Juli**, 13.00 Uhr: **Radtour** zu den wichtigsten G20-Orten mit AktivistInnen, um 16.00 Uhr gefolgt von einem **Demo-Rave** ab Arrivati-Park.
- **Sonntag, 8. Juli**, 14.00 Uhr: **Demo** zu den G20-Inhaftierten ab S-Bahn Billwerder-Moorfleet.

Eine kleine Anmerkung der Redaktion

Bisweilen kann mensch erstaunt sein, dass die Aktivitäten der Hamburger Linksfraktion auch in der bürgerlichen Presse Anerkennung finden.



Nehmen wir z.B. einen Artikel zur Kennzeichnungspflicht der PolizeibeamtInnen in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 25. Juni: »Die Linkspartei stellte eine Große Anfrage an den Senat, es ging um die Ermittlungen gegen Polizisten. Aus der Antwort ging nicht nur hervor, dass es noch keine Anklage gegen Polizisten gebe. Sondern auch, dass es in elf Fällen nicht möglich gewesen sei, die Vorwürfe weiterzuverfolgen. Man habe die Identität des Beamten nicht feststellen können. Die Linkspartei sah sich bestätigt und stellte einen Antrag zur Kennzeichnungspflicht, die FDP tat es ebenso. Der Innenausschuss beschäftigte sich mit dem Thema, gerade erst gab es eine Expertenanhörung. Das parlamentarische Verfahren nahm Fahrt auf, eine Anhörung des Senats wäre die nächste Stufe gewesen. Nun ist durch Grotes Ankündigung aber schon klar, was der Senat plant.« Und so ist es auch gekommen, dank des unermüdlichen Einsatzes vor allem von Christiane Schneider für die Aufklärung der Ereignisse rund um den G20-Gipfel.

Auch Heike Sudmann wird ein ungewöhnliches Lob ausgesprochen, und zwar im »Hamburger Abendblatt« vom 12. Juni: »Sie ist eine der temperamentvollsten und streitbarsten Rednerinnen der Bürgerschaft: Heike Sudmann, Vizefraktionschefin der Linken, ist auch eine Vielrednerin: 61-mal ergriff sie seit

März 2015 im Plenum das Wort – zuletzt am 30. Mai, als sie vier Debatten bestritt. Die Stadtplanerin sucht die direkte Diskussion mit dem politischen Gegner – humorvoll und leidenschaftlich. Selten schießt sie über das Ziel hinaus, etwa als sie über Dennis Thering (CDU) sagte, er sei »nicht die hellste Kerze auf der Torte«. Weil sie zur Lebendigkeit der Plenardebatten beiträgt, ist Heike Sudmann für das Ressort Landespolitik der Mensch des Monats.«
Chapeau!

Foto: Michael Joho

Denkmalschutz in Hamburg, nächstes Kapitel

Von Heike Sudmann



Auch in dieser Ausgabe des »BürgerInnenbriefs« gibt es Neues und leider nicht Erfreuliches zum Denkmalschutz in Hamburg zu berichten.

Hitziger Streit in der Bürgerschaft zum City-Hof

Unser Antrag zum City-Hof (Drs. 21/13090 vom 16.5.2018) wurde am 30. Mai in der Bürgerschaft diskutiert. Auch mit Blick auf eine kritische Stellungnahme des höchsten Beratungsgremiums der UNESCO zur Einschätzung des Senats forderten wir, keine (Abriss-)Fakten zu schaffen. Die Debatte verlief in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich: Die SPD schickte nur einen Hinterbänkler ans Mikro, der anwesende Kultursenator fühlte sich als oberster Denkmalschützer noch nicht mal bemüht, das Wort zu ergreifen. Hingegen gab es eine ungewöhnliche Allianz zwischen CDU, FDP und der LINKEN, die wortgewaltig und mit harten Fakten Rot-Grün regelrecht vorführten.

Doch der Reihe nach: Nach meinem Eröffnungsbeitrag mit einer langen Liste von bösen Fouls des Senats gegen den Erhalt des City-Hofs ging nicht etwa der Stadtentwicklungsexperte (und mittlerweile Fraktionsvorsitzende) Dirk Kienischer zum Redepult, sondern der SPD-Abgeordnete Markus Schreiber. Seine fachliche Kompetenz zu dem Thema bezog er alleine aus dem Umstand, dass er mehrere Jahre in einem Büro des City-Hofs als Leiter des dort residierenden Bezirksamtes Hamburg-Mitte verbracht hatte. Entsprechend schwach war die Argumentation. Nachdem sein Versuch, den City-Hof als Schrottmobilie und schon immer hässlichen Klotz zu brandmarken, scheiterte, hatte er anscheinend einen Geistesblitz. Wenn LINKE sich für den City-Hof einsetzen, könne man ihnen doch um die Ohren hauen, dass dieses Gebäude von einem Nazi-Architekten entworfen und erbaut wurde. Dumm war nur, dass das von ihm vorher noch gepriesene Chilehaus – Teil des Welterbe-Ensembles – sogar von einem glühenden Anhänger Hitlers, dem Architekten Fritz Höger, erbaut wurde. Geradezu genüsslich gaben die CDU-Ab-



L: M. Joho, r: Schiller-Oper, Pilot Pírax

geordneten Wersich und Hamann eine Nachhilfestunde in Sachen Denkmalschutz und Nazi-Architekten. Herr Schreiber meldete sich dann zwar nicht mehr zu Wort, ob er aber verstanden hat, dass der Denkmalschutz (und auch das Weltkulturerbe) nicht den/die Architekt/in den Vordergrund stellt, sondern das gebaute Gebäude und seine Bedeutung für die jeweilige Epoche, darf bezweifelt werden.

Der rot-grüne Griff nach jedem Strohalm in der Debatte machte jedoch deutlich, dass es keine überzeugenden Argumente für den Abriss des City-Hofs gibt. Die Hässlichkeit oder die Schönheit sind jedenfalls kein entscheidendes Kriterium.

Relevanter für den Senat scheint der schon von Olaf Scholz eingetütete Deal einer Neubebauung zu sein. Leider haben wir bisher nicht die wirklichen Beweggründe des damaligen Ersten Bürgermeisters und seines Oberbaudirektors Jörn Walter in Erfahrung bringen können. Klar ist nur, dass sie weder die mögliche Beeinträchtigung des Weltkulturerbes Kontorhausviertel noch die unheilvolle Vorbildfunktion der Freien und Hansestadt Hamburg als Abrissbirne für ein städtisches Denkmal in ihrem Elan für den Ausverkauf der Stadt bremsen konnte.

Schiller-Oper: Nicht die Eigentümerin, sondern das Denkmal schützen

Die Schiller-Oper auf St. Pauli, ein früherer Zirkusbau mit einer in Europa mittlerweile fast einmaligen Stahlkonstruktion, wird seit Jahren bzw. Jahrzehnten von den wechselnden privaten EigentümerInnen dem Zerfall anheim gegeben. Obwohl das Denkmalschutzgesetz auch private EigentümerInnen zum Erhalt eines Denkmals verpflichtet, passierte bisher so gut wie gar nichts. Abgesehen von diversen Gesprächen zwischen den Behörden und der aktuellen Eigentümerin, die anscheinend aber weniger den Denkmalschutz als die Neubebauung zum Gegenstand hatten. Einzig sichtbares Ergebnis sind nämlich nur die Pläne für eine Neubebauung, die der Eigentümerin bei massiver Überschreitung des Baurechts en-

orme Gewinne in bester Kiezlage bringen würden. Diese Pläne stellte im Juli 2017 der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Falko Droßmann, der Öffentlichkeit vor. »Aus Gründen«, wie er damals sagte, übernahm er dabei auch die Rolle der Eigentümerin, die sich in der Öffentlichkeit nicht zeigen wollte. »Extrem frühzeitig« würde mit der Vorstellung dieser Pläne Transparenz geschaffen, so Droßmann damals. Fragen zum Denkmalschutz wurden an dem Abend ausgeklammert, vielmehr wurde auf die Erarbeitung einer gutachterlichen Stellungnahme verwiesen, die zwei bis drei Monate später vorliegen sollte.

Es sollte dann bis Anfang April 2018 dauern, bevor die Stellungnahme fertig war. Galt im letzten Jahr noch, dass »extrem frühzeitig« Transparenz geschaffen werden sollte, wurden bis heute der Öffentlichkeit die Inhalte der Stellungnahme vorenthalten. Nur der sehr rührigen »Schiller-Oper Initiative« ist es zu verdanken, dass die Bewertungen der Gut-

achterInnen jetzt das Licht der interessierten Öffentlichkeit erblickten. Ein dringender Handlungsbedarf wird festgestellt, wenn der kritische Zustand der denkmalgeschützten Stahlkonstruktion sich nicht weiter verschlechtern soll. Noch ist also der Erhalt möglich.

Vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE für die Bürgerschaftssitzung am 27. Juni 2018 einen Antrag (Drs. 21/13434 vom 13.6.2018) eingebracht, um den Senat zum Jagen zu tragen. Sollte die Eigentümerin nicht innerhalb einer kurzen Frist die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung des Denkmals Schiller-Oper ergreifen, muss laut Antragspetitum der Senat einspringen. Wie vor einigen Jahren bei der »Säulenvilla« an der Elbchaussee erfolgreich vorgemacht, soll der Senat auf Kosten der Eigentümerin eine sogenannte Ersatzvorname nach dem Denkmalschutzgesetz vornehmen. Aufgabe des Senats ist aus Sicht der LINKEN, das Denkmal und nicht die Eigentümerin zu schützen.

Männer, die auf die Alster starren

Heike Sudmann über die Pläne der CDU zum Zuballern der Binnenalster



Und dagegen muss protestiert werden! (Foto: M. Joho)

Mitte Juni landete die CDU-Bürgerschaftsfraktion einen scheinbaren Coup. Mit aufgehübschten Bildern warb sie für ihr Projekt einer »Alsterpromenade«, die »zur Attraktivitätssteigerung der Binnenalster« beitragen soll. Sämtliche Medien berichteten darüber. Was ich in einer ersten Stellungnahme als »populistische Effekthascherei« bezeichnete, fand anscheinend auch unter manchen Linken Gefallen, frei nach dem Motto: »Das ist doch klasse, abends mit einem Bierchen an der Alster zu sitzen«. Anlass genug, hier im »BürgerInnenbrief« zu berichten.

Um was geht es?

»Geplant sind schwimmende Pontons sowohl auf der Seite des Ballindamms als auch auf der gegenüber liegenden Seite des Neuen Jungfernstiegs. Auf den Pontons werden jeweils 5-7 gastronomische Betriebe ein abwechslungsreiches kulinarisches Angebot bis in die späten Abendstunden bieten sowie weitere Freiflächen mit einer hohen Aufenthaltsqua-

lität vorhanden sein«, heißt es in der Pressemitteilung der CDU vom 18. Juni 2018 (www.cdu-hamburg.de/presse/artikel/cdu-fraktion-stellt-alsterpromenade-vor-eine-neue-idee-fuer-hamburg/). Die im Anhang der Pressemitteilung zu sehenden Animationsbilder mit den 14 Meter (!) tiefen Pontons zeigen viel Gastronomie und wenig Freiflächen für einen unentgeltlichen Aufenthalt.

Binnenalster – mehr als nur ein Gewässer

Die Binnenalster erlebbarer zu machen, ist kein schlechtes Ziel. Doch sie dafür zu verkleinern und das historische Stadtbild zu zerstören, ist eine sehr schlechte Idee. Der Verein »Hamburg – Grüne Metropole am Wasser e.V.«, der zum Ziel hat, Hamburgs wasserbezogene Stadtkulturlandschaften zu entwickeln und zu schützen, schreibt in einer Stellungnahme vom 19. Juni: »Vor den Hintergrund, dass es eine Binnenalsterverordnung gibt, die der Randbebauung rings um die Binnenalster Traufhöhen, Dachformen nebst Materialien vor-

schreibt, um das geschlossene denkmalgeschützte Stadtbild zu wahren, gehören auch die streng geformten Uferzonen zu diesem Ensemble. Insbesondere der Ballindamm mit seiner durchgehenden klaren Rasenböschung und den vorhandenen architektonisch gesetzten Baumreihen gehört zu diesem Ensemble, ebenso wie die harte Kante der Ufermauer am Neuen Jungfernstieg und deren Baumreihen. Die Uferwege am Ballindamm und am Neuen Jungfernstieg sind schon jetzt beliebte Flaniermeilen mit spektakulärer Rundschau über die Innenstadt.« Und weiter sagt er: »Wer nun eine weitere Flaniermeile auf dem Wasser davor setzen möchte, hat die geschützte Binnenalsterarchitektur nicht verstanden. Sind hier kommerzielle Interessen aktiv, die populistisch und vordergründig Ideen versprühen?«

Diese rhetorische Frage ist aus meiner Sicht nur zu bejahen. Die CDU versucht auch gar nicht erst, das zu verbergen. In ihrer Pressemitteilung sagt der wirtschaftspolitische Sprecher: »Die Alsterpromenade soll die hanseatische Weltoffen-

heit einer Handelsmetropole symbolisieren und vor allem neben einem Shopperlebnis im Sommer ein nahezu mediterran anmutendes Lebensgefühl der Stadt vermitteln. Die Hamburger lieben das Wasser und wollen auch dort ihre Freizeit verbringen. Ich freue mich, dass wir bereits Unterstützung aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik für das Projekt gewinnen konnten.«

Schade, dass die CDU in ihrem Denken so gefangen ist und nur an Kommerz und Shopping denkt, sonst würde sie auf eine andere Idee kommen, die viel naheliegender ist. Wie viel Platz zum Verweilen an der Binnenalster, wie viel Ruhe und wie viel Aufenthaltsqualität ließe sich gewinnen, wenn der Autoverkehr am Ballindamm und am Neuen Jungfernstieg auf den notwendigen An- und Ablieferverkehr reduziert würde?! Ein Gewinn für alle: für die HamburgerInnen, für die TouristInnen und für die Binnenalster, die nicht verkleinert und nicht in ihrer ökologischen und klimatischen Funktion eingeschränkt wäre.

Exklusiver Marktzugang für VW-Tochter

Heike Sudmann über »umweltfreundliche Personenbeförderung« nach rot-grüner Manier



Foto Stadtmodell: M. Ioho/Autos: www.moia.io

Schon mal was von Shuttleservice, Ride Pooling oder On-Demand-Betrieb gehört? Keine Angst, ich will keine Werbung für einen Englischsprachkurs machen, sondern nur die neuesten Schlagwörter aus Verkehrsdebatten in der Bürgerschaft wiedergeben. Der 2021 in Hamburg stattfindende Weltkongress zum Thema Intelligente Verkehrssysteme und Services (ITS - Intelligent Transport Systems) wirft nämlich seine Schatten voraus. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) schrieb dazu am 1. November 2017 u.a.:

»Mit der starken Unterstützung aus der strategischen Partnerschaft mit dem Volkswagen Konzern und mehr als 100 Unterstützungszusagen von Industrie, Forschung und Verbänden hatte die Bewerbung Hamburgs starken Rückenwind über die Stadtgrenzen hinaus aus der gesamten Branche. Hamburg möchte in den nächsten Jahren ein Test- und Erprobungsumfeld bieten, um gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft an dem Einsatz künftiger Technologien zu arbeiten. Dazu hatte es in den vergangenen Monaten weitere

Kooperationsvereinbarungen mit den Unternehmen BMW, Daimler, Deutsche Bahn und HERE Technologies gegeben.« (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/9806016/2017-11-01-bw-vi-its-weltkongress-2021/)

Der »Einsatz künftiger Technologien« auf dem »Test- und Erprobungsfeld« Hamburg kommt erstmal ganz banal daher, nämlich als eine neue Verkehrsform nach dem Personenbeförderungsgesetz, die der Senat der VW-Tochter MOIA genehmigt hat.

In der Pressemitteilung der BWVI vom 26. April erfahren wir dazu Folgendes: »MOIA ist eine Marke des VW-Konzerns und plant eine über eine App gesteuerte umweltfreundliche Personenbeförderung in Hamburg. Beim sogenannten Ride Pooling teilen sich Personen ein Fahrzeug, deren Start- und Zielposition in ähnlicher Richtung liegen. Für diesen Einsatz wurden eigens Elektrobusse für die Anforderungen in Hamburg entwickelt. Zunächst sendet der Kunde über eine App eine Fahrplananfrage. Ein dynamischer Algorithmus ordnet sie einer neuen oder einer bereits bestehenden Fahrt zu. Der Fahrer wird über eine App informiert und zum Kunden navigiert, um ihn an einem Haltepunkt abzuholen. Fahrgäste, die sich bereits im Auto befinden, werden über ein Display informiert, dass ein weiterer Fahrgast zusteigt. Die Wagen steuern virtuelle Haltepunkte an. Nur an diesen Haltepunkten werden die Fahrgäste ein- und aussteigen können. Der Fahrpreis wird wie im Linienverkehr mit Bussen jeweils pro Person und Strecke berechnet. (...) Das Angebot soll keine Konkurrenz zum Hamburger Taxiverkehr sowie zu Bus und Bahn darstellen. Es gilt als Ergänzung und will die Lücke zwischen diesen Verkehrsformen schließen.«

Die MOIA-Fahrzeuge können bis zu sechs Personen mitnehmen. Mit dieser Größenordnung liegen sie nicht in der Mitte zwischen Bus oder Bahn und dem Taxi, sondern sind nur unwesentlicher größer als die Taxen mit ihren regelhaften vier Fahrgastplätzen. Aktuell gibt es rund 3.000 Taxen mit ca. 12.000 Fahrgastplätzen in Hamburg. Dem stehen in wenigen Jahren 1.000 MOIA-Fahrzeuge mit 6.000 Plätzen gegenüber. Übrigens sollen die MOIA-Fahrzeuge in absehbarer Zukunft autonom, also ohne FahrerIn, unterwegs sein.

Auch beim Fahrpreis wird MOIA nicht in der Mitte zwischen dem HVV und dem Taxipreis liegen. Die Untergrenze bildet die derzeit 3,30 € teure Einzelfahrkarte im HVV. Auf meine Nachfrage im Ausschuss bestätigte der Senat, dass mit einem Preis von 3,31 € pro Fahrgast unabhängig von der Länge der Gesamtfahrt der Genehmigung Genüge getan wird. Während für das Taxigewerbe die Fahrpreise von der Behörde festgelegt werden, kann MOIA diese Preise nach Belieben unterbieten. Viele Pflichten des Taxigewerbes gelten für MOIA nicht. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die TaxifahrerInnen um ihre Arbeitsplätze fürchten und vor wenigen Wochen eine Taxi-Demo starteten. Wenn der Senat sagt, MOIA solle keine Konkurrenz zum Taxigewerbe sein, hat er auf eine Art und Weise Recht: Eine echte Konkurrenz würde nämlich eine Chancengleichheit voraussetzen, doch die ist definitiv nicht gegeben. Zulasten des Taxigewerbes bekommt MOIA einen riesengroßen roten Teppich ausgerollt.

Erstaunlich ist auch die Zusammenarbeit zwischen der Hochbahn bzw. dem HVV und MOIA. Mit einem Preis, der nur knapp über dem HVV liegt, mit einem Angebot parallel zu bestehenden U-/S-Bahn- und Buslinien und der Werbung, sich als Fahrgast fast so abgeschottet und ungestört von anderen Menschen wie im Privat-Pkw fühlen zu können, dürfte der HVV etliche Fahrgäste verlieren. Wenn es wirklich um Lücken im ÖPNV-Netz gehen würde, sollte der HVV selbst ein entsprechendes Angebot betreiben. In Gegenden, wo es keine oder nur schlechte Bus- oder Bahnanbindungen gibt, wäre solch ein Angebot sehr sinnvoll. Doch genau dort wird MOIA nicht fahren, denn sie darf sich selbst aussuchen, wo ihre Fahrzeuge fahren sollen – ohne jegliche Vorgabe des Senats.

Auf der Homepage von MOIA (www.moia.io/de/story/) heißt es: »MOIA ist nicht einfach ein weiteres Verkehrsmittel. Wir entwerfen Mobilitätskonzepte, die unsere Städte zu lebenswerteren, sicheren und schöneren Orten machen – für alle Menschen.« Im Verkehrsausschuss Mitte Juni blies der Vertreter von MOIA in dasselbe Horn. MOIA sei gut für die Stadt und für die Menschen. Für diese Aussage und für das Marketing habe ich ihm und seinen KollegInnen Respekt gezollt, denn mensch könnte den Eindruck gewinnen, dass VW resp. MOIA ganz uneigennützig handelt. Doch glücklicherweise klärt die Homepage von Volkswagen auf (www.volkswagenag.com/de/brands-and-models/moia.html). Dort steht nicht nur, dass MOIA bis 2025 der weltweit führende Mobilitätsdienstleister werden will, sondern auch, dass es Ziel des Volkswagen-Konzerns sei, »bis 2025 einen substantziellen Teil seines Umsatzes mit diesen neuen Geschäftsfeldern (H.S.: Ridepooling und On-Demand-Betrieb – also auf Abruf – selbstfahrender Autos) zu erwirtschaften.«

Mein Fazit

Für mich bedeutet MOIA nichts anderes, als wenige Menschen in vielen Autos durch die Gegend zu kutschieren. Wieso der Senat das für eine »umweltfreundliche Personenbeförderung« hält, bleibt sein Geheimnis. Maximal sechs Fahrgäste passen in ein MOIA-Auto, es kann aber auch nur von einer Person genutzt werden. Anstatt den ÖPNV auszubauen, wird hier vom Senat mit VW nicht nur irgendein Autohersteller gepampert, sondern auch noch ein Unternehmen, das mit krimineller Energie Dieselfahrzeuge manipuliert hat. Dieser Betrug an der Umwelt und an den KundInnen darf nicht auch noch belohnt werden.

Für die Taxibetriebe ist MOIA eine hammerharte Konkurrenz. Im letzten Quartal 2018 darf MOIA einen Probetrieb starten, bei dem der Preis sogar nur bei maximal 30 Cent pro Fahrzeug und Kilometer liegt. Mit diesen Dumpingpreisen werden KundInnen angekobert. Viele der heutigen Taxibetriebe würden den Konkurrenzkampf nicht überleben. Ist MOIA erst einmal marktbeherrschend, können die Preise übrigens nach oben getrieben werden, denn »sonstige Vorgaben zur Höhe des Preises sieht die Genehmigung nicht vor« (so der Senat in einer der vielen aufschlussreichen und erschreckenden Antworten auf meine Anfrage, Drs. 21/13024 vom 22.5.2018).

Radtour durch den Hafen: Zwischen Kuhwerder und Köhlbrand



Ein weiteres Mal lädt die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft am **Freitag, den 6. Juli**, zur **Erkundung des Hafens per Rad** ein. Dabei geht es u.a. nach Kuhwerder und Steinwerder, anschließend zum Köhlbrand und nach Neuhoof und zurück über die S-Bahn-Station Wilhelmsburg.

Die Stationen der zweistündigen Radtour führen durchs Industriegebiet, stehen aber auch für eine verfehlte Stadtentwicklungs- und Hafenpolitik. Der Neuhoof z.B. war ehemals ein Quartier mit 3.000 BewohnerInnen, das im Zuge des Baus der Köhlbrandbrücke und der ewigen Hafenerweiterung Mitte der 1970er Jahre ausgemerzt wurde. Oder das im ehemaligen Freihafen-Gelände gelegene Buss-Hansa-Terminal, dessen Aufgabe 2017 zur Arbeitslosigkeit von rund 100 KollegInnen führte – der mitverantwortlichen HafenPortAuthority (HPA) gilt das Areal Steinwerder als die wichtigste strategische Flächenreserve des Hafens ...

Geleitet wird die Radtour von Gerald Kemski, einem ehemaligen Betriebsrat im Hafen. Kundige Begleitung findet die Exkursion in Heike Sudmann, der stadtentwicklungs- und verkehrspolitischen Sprecherin, sowie Norbert Hackbusch, dem für die Hafenpolitik zuständigen Abgeordneten in der Linksfraktion.

Gestartet wird um **16.00 Uhr vor dem Alten Elbtunnel**, und zwar auf der Steinwerder-Seite. Bitte genug Zeit einkalkulieren, um rechtzeitig von den Landungsbrücken/Eingang Alter Elbtunnel zur Südseite nach Steinwerder zu kommen. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine abschließende »Erfrischung« in Wilhelmsburg ist möglich.

Zehn Jahre Linksfraktion in der Bürgerschaft



Feier am Millerntor, 2.6.2018 (Foto: Linksfraktion)

Genau 50.132 Stimmen konnte die am 24. Februar 2008 erstmals zu einer Bürgerschaftswahl in Hamburg angetretene Partei DIE LINKE. erringen. Das waren 6,4% der WählerInnen, die acht Abgeordneten den Sprung ins Parlament ermöglichten. Gebildet worden war DIE LINKE. erst kurz zuvor, nämlich durch den Zusammenschluss der »Linkspartei.PDS« (Partei des Demokratischen Sozialismus) und der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) am 16. Juni 2007.

Heute umfasst die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN zehn Abgeordnete, eigentlich elf, aber die ehemalige Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn ist inzwischen zur SPD gewechselt und hat ihr Mandat »mitgenommen«. Gewählt wurden sie bei der

letzten Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 mit einem Stimmenanteil von 8,5%.

Das Einrücken der linken Oppositionspartei in die Hamburgische Bürgerschaft hat die aktuelle Linksfraktion dazu veranlasst, in mehreren Veranstaltungen Rückschau zu halten und eine Art Zwischenbilanz zu ziehen. Wir dokumentieren nachfolgend die Rede(n), die die beiden amtierenden Fraktionsvorsitzenden – Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir – auf der von mehreren hundert Menschen besuchten Jubiläumsveranstaltung am 2. Juni in den Räumen des Millerntor-Stadions gehalten haben.

Liebe Gäste,

Cansu und ich begrüßen Euch und Sie sehr, sehr herzlich zu unserer zehnjährigen Geburtstagssause, schön, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind! »Opposition ist Mist«: Ihr kennt alle den Spruch des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering. Vielleicht hat er Recht. Aber wahr ist auch: Keine Opposition ist noch mehr Mist! Denn wir haben ja erlebt, wie das ist, so quasi ohne Opposition. Viel zu lange war das hier in Hamburg so! Egal, was die Regierenden ausheckten, egal auf was für wahnsinnige Ideen unsere Bürgermeister gekommen waren: In der Bürgerschaft gab es so gut wie keinen Widerspruch. Denken wir an die Elbphilharmonie. Denken wir an die HSH Nordbank. An die Privatisierungen. Denken wir an Hartz IV. Die Schuldenbremse. Denken wir an Niedriglöhne, Praxisgebühr, Studiengebühren, Büchergeld, HVV-Preiserhöhungen, Ausbau der Kohlekraft, Kürzungspolitik, Schließungen von Museen und Kultureinrichtungen. Alle, wirklich alle, haben dabei mitgemacht. Oder es gab höchstens so eine Art taktischen Widerspruch. War die SPD in der Opposition, hat sie vehement gegen Kürzungen protestiert, die sie dann in der Regierung selbst durchgezogen hat. So entsteht Politikverdrossenheit.

Seit den 50er Jahren, als die KPD aus der Bürgerschaft flog – und später verboten wurde – gab es in der Bürgerschaft keine Abgeordneten links von der SPD, abgesehen vielleicht von der kurzen Phase in den 1980er Jahren, als die Grünen noch unangepasst und cool waren. Doch spätestens mit der Agenda-Politik in den 1990er Jahren war der grüne Traum ausgeträumt und die Realos gewannen die Oberhand – um sich später sogar mit der CDU ins schwarz-grüne Bett zu legen. Und die SPD? Es ist die SPD Hamburg! Wir sagen nur: Schmidt, Dohnanyi, Scholz, Brechmittel, G20, Kahrs, Filz.

Aber irgendwann muss es doch geben, der den Pfeffersäcken den Marsch bläst! So gesehen ist es eigentlich erstaunlich, dass es so lange dauerte, bis eine linke Partei – DIE LINKE – bei einer Wahl in Hamburg erstmals mehr als 5 Prozent holte. Es muss wohl an den Ressentiments liegen, an den Jahrzehnten des Kalten Kriegs. Antikommunismus, Rote-Socken-Kampagne, das gab es auch in Hamburg. Bis heute versuchen die anderen, uns auf diese Weise in Misskredit zu bringen. Gelingt aber immer schlechter.

Auch 2008 hatten sie es versucht. Beinahe hätte es sogar geklappt. erinnert sich noch jemand an die Kommunismus-Debatte? Gesine Löttsch? Wir auch nicht. Aber damals, so waren sich alle einig, hat uns das mindestens ein Prozent gekostet. »Unter dem Mantel der Linken steckt ein gefährlicher Kern von Trotzkiten, Anhängern kommunistischer Splittergruppen und anderen Weltverbesserern an der Grenze des Totalitären. (...) Allein bei der Vorstellung, dass Menschen mit solchen Ansichten als Abgeordnete Einfluss auf die Regeln unseres Zusammenlebens bekommen, dreht sich freiheitsliebenden Demokraten der Magen um«, schrieb das »Hamburger Abendblatt« kurz vor der Wahl 2008. Der CDU-Abgeordnete Karl-Heinz Warnholz wusste auch richtig Bescheid: »Scheinbar findet auch hier in Hamburg eine immer stärkere kommunistische Unterwanderung durch antidemokratische Kräfte statt.« Die SPD versuchte es derweil eher mit taktischen Ar-



Passend zum Jubiläum hat die Linksfraktion auch eine ansprechend gestaltete und lesenswerte Broschüre herausgegeben. Sie trägt den Titel »10 Jahre anders. 2008-2018«, kann in den einschlägigen Büros der LINKEN bezogen oder auch hier heruntergeladen werden: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2018/06/2018-10-Jahre-Fraktion_Internetversion.pdf.

gumenten und verteilte an der Mönckebergstraße Postkarten mit der Aufschrift »Wer Linke wählt, wählt Beust.« Sogar der Verfassungsschutz warnte öffentlich vor unserem angeblichen Extremismus. Aber ist es extremistisch, sich für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft einzusetzen? Ist es extremistisch, die Allmacht von Geld und Besitz brechen zu wollen? Ist es extremistisch, das zu fordern, was jahrzehntelang Konsens und Staatsräson in Deutschland war: Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr? Ist es extremistisch, sich für die Armen und Schwachen in der Gesellschaft einzusetzen? Wir sagen, das ist nicht extremistisch, das ist notwendig.

Cansu Özdemir fährt fort:

Und deshalb ist das, was wir machen, auch Verpflichtung. Es muss DIE LINKE geben. Dieser Aufgabe, dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden. Und das ist uns in den letzten Jahren ganz gut gelungen. Anders als in der Zeit der K-Gruppen in den 70ern haben wir uns eben nicht bei jeder Meinungsverschiedenheit gespalten. Wir haben zusammengehalten! Wenn wir unterschiedlicher Meinung waren, dann haben wir diskutiert. Und das meistens solidarisch. Und nicht über die Medien. Und am Ende mit einem Ergebnis.

Und das, obwohl wir aus so vielen unterschiedlichen politischen Ecken kommen. Aus der SPD, von den GRÜNEN bzw. aus dem REGENBOGEN, aus der PDS, aus der DKP, aus der Gewerkschafts-, Frauen-, Anti-Atom-, Friedens- und 68er-Bewegung. Eine echte Sammlungsbewegung! Bei allen Unterschieden gibt es ja auch wirklich vieles, was uns eint. Den Weg der GRÜNEN, sich bis zur Unkenntlichkeit anzupassen, wollen wir nicht gehen! Unsere Überzeugungen geben wir nicht an der Rathauspforte ab. Inzwischen sind immer mehr Leute bei uns, die nie woanders waren. Echte Kinder der LINKEN. Sie kommen nicht zu uns, weil sie von irgendeiner anderen Partei enttäuscht worden wären oder gegen irgendetwas protestieren. Sondern weil sie sich engagieren wollen. Weil sie sich nicht abfinden wollen, womit so viele andere sich schon lang abgefunden haben. Weil sie eine Vision von einer besseren Ge-

sellschaft haben. Weil sie im besten Sinne die Welt verbessern wollen. Natürlich sind nicht alle, die die Welt verbessern wollen, bei der LINKEN. Manche haben grundsätzlich etwas gegen Parteien, manche haben sich für eine andere entschieden. Einige von ihnen sind sicher auch heute Abend hier. Zu ihnen allen strecken wir die Hand aus. Denn wir haben noch so viel vor! Und gemeinsam können wir so vieles erreichen.

Denken wir daran, wie wir gemeinsam mit vielen kleinen Initiativen Olympia verhindert haben! Denken wir daran, wie wir gemeinsam mit den Gewerkschaften den Mindestlohn erstrit-

ten haben. Denken wir daran, wie wir gemeinsam mit studentischen Initiativen die Studiengebühren wieder abgeschafft haben. Denken wir daran, wie die Rekommunalisierung der Energienetze gelungen ist! Denken wir daran, wie es gelungen ist, den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln!

Wir haben das Gefühl, dass wir auf dem richtigen Weg sind. In manchen Wahlbezirken waren wir bei der letzten Bundestagswahl stärkste Partei! Lasst uns gemeinsam weitermachen. Dann können wir noch viel erreichen!

Aber jetzt erst mal feiern!



19.6.2018: Podiumsdiskussion zum Jubiläum (M. Joho)

Hinweise und Termine

Wer gerne einmal **an einer Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft teilnehmen** möchte, kann das nicht zuletzt über die Linksfraktion einfädeln oder aber sich rechtzeitig und direkt an die Bürgerschaftskanzlei wenden, online via www.hamburgische-buergerschaft.de/kartenbestellung oder direkt beim BesucherInnendienst: kontakt@bk.hamburg.de, Tel. 42831-2409.

Wer lieber oder zusätzlich die ungefilterten Infos der **Linksfraktion** in eben dieser Bürgerschaft beziehen möchte, der/die setzt auf den allmonatlich erscheinenden **Newsletter**. Darin finden sich eine Menge Hinweise zu gelaufenen und anstehenden parlamentarischen Initiativen, zu Terminen und Personen. Eine E-Mail an info@linksfraktion-hamburg.de reicht.

Zu den vornehmsten einer aus öffentlichen Mitteln geförderten parteinahen Stiftung gehört die Pflege der Erinnerung, konkret, der Sicherung des aufgelaufenen Schriftguts. Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** hat vor einiger Zeit ein neues **Findbuch** vorgelegt, aus dem eine Übersicht über alle öffentlich einsehbaren **Bestände des RLS-Archivs** zu entnehmen ist. Und da findet sich doch sicher manch spannendes Dokument: www.rosalux.de/stiftung/historisches-zentrum/archiv/bestaende-findbuecher/. Auch die Hamburger Linksfraktion kooperiert mit den RLS-ArchivarInnen, um das hiesige Aktenmaterial dauerhaft zu sichern.



Bereits Ende Februar 2018 hatte die Hamburg Tourismus GmbH erneut beträchtliche Zuwächse bei den **TouristInnenströmen** vermeldet. Rund 6,8 Mio. BesucherInnen bzw. 13,8 Mio. Übernachtungen hatte die Elbmetropole im Jahr 2017, 3,7% mehr als im Vorjahr – »das ist der 17. Rekord in Folge«, so die Pressemitteilung des NDR vom 21. Februar 2018. Vor allem BritInnen und US-AmerikanerInnen hatten überdurchschnittlich zugelegt. Für 2018 prognostizierte der Tourismusverband mehr als 14 Mio. Übernachtungen, und er gab bekannt, dass zu den vorhandenen 60.000 Übernachtungsbetten im laufenden Jahr 14 neue Hotels mit



weiteren ca. **2.700 Zimmern dazukommen** sollen. Ein Thema, das von verschiedenen Quartieren in Hamburg als zunehmend belastend empfunden wird, ohne dass es bisher einen intensiveren kritischen Diskurs zu dieser Entwicklung gibt. Zum Einlesen sei die bereits im Februar 2017 erschienene **Auftragsstudie** der »dwif Consulting GmbH« empfohlen: **Hamburg – Perspektive Tourismus 2025: Ein datenbasierter Ausblick** (www.hdb-hamburg.de/fileadmin/user_upload/HH_Perspektive_Tourismus_2025_Datenbasierter_Ausblick.pdf).



Anfang Juli ergeht das **Urteil in Sachen NSU-Prozess**, konkret zur Verantwortung von Beate Zschäpe. Wie auch immer das Urteil ausfällt, das ganze, sich über Jahre hinstreckende Verfahren ist in vielerlei Hinsicht eine Aneinanderreihung von Skandalen: verschwundene, gar vernichtete Akten, seltsame Verbindungen der Nazi-Szene zu staatlichen Organen, Zeuginnen aus dem »Sicherheitsapparat« mit großen Erinnerungslücken usw. usf. Bundesweit wird daher für die Aktion »Kein Schlusstrich« mobilisiert: **Am Tag der Urteilsverkündung** veranstaltet die Hamburger »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Tasköprü« um 18.00 Uhr auf dem Alma-Wartenberg-Platz eine Kundgebung. Mehr dazu unter www.aufklaerung-tatort-schuetzenstrasse.org/. Für den **Samstag nach der Urteilsbekanntgabe** orientiert das Hamburger

Bündnis gegen Rechts auf eine Demonstration durch die Innenstadt. Startpunkt ist dann um 14.00 Uhr der Hansaplatz. Den Aufruf gibt es hier: www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF/aufruf-fertig.pdf.

Im Rahmen der Kampagne »International solidarisch: Schluss mit Austerität!« gibt es seit dem 27. Juni, direkt vor dem Universitäts-Hauptgebäude (Edmund-Siemers-Allee 1), wieder eine **Schulden- und Vermögensuhr**. Diese Uhr ermöglicht auf einen Blick, wie schnell sich der Reichtum für kleine Gruppen vermehrt, bei gleichzeitiger Verarmung großer Bevölkerungsteile. Ein schönes Symbol für die bevorstehende Haushaltsdebatte, die unsoziale Steuer- und Schuldenbremse-Politik. Mehr dazu unter <http://schluss-mit-austeritaet.de/event/kundgebung-wiedereroeffnung-der-schulden-und-vermoegensuhr>.



Kommt und **Feiert mit uns auf der Straße: 5 Jahre Kampf von Lampedusa in Hamburg**. Am **Samstag, den 30. Juni**, lädt die Lampedusa-Initiative ab 14.00 Uhr ein zu einer Kundgebung vor dem Lampedusa-Zelt am Eingang des Steindamms und einer Transparent-und-Menschen-Kette vom Zelt bis zum Rathaus. »Lasst uns zusammenkommen!«, heißt es im Aufruf, »Schluss

mit der Angst – brecht das Schweigen! In Solidarität mit allen Geflüchteten – Gleiche Rechte für alle – Wir sind hier um zu bleiben!«

Jörg von Prondzinski, höchst kritischer Bewohner Wilhelmsburgs, führt bisweilen höchst informative und originelle Rundgänge bzw. Radfahrten durch. Um **Die schönsten Angsträume Wilhelmsburgs** geht es bei einer **Radtour am Samstag, den 30. Juni**, um 14.00 Uhr ab S-Bahn-Station Wilhelmsburg. Im Mittelpunkt stehen Orte des Unwohlseins und die Frage, welche Konsequenzen es hat, wenn solche Orte zum Angstraum werden. **Am 1. und 7. Juli**, jeweils um 14.00 Uhr ab S-Wilhelmsburg, wohlgermerkt **zu Fuß**, veranschaulicht Jörg von Prondzinski die Frage **Wohnungsbau ohne Ende?** Besichtigt werden Orte, für die es gegenwärtig Bebauungsplanungen gibt, und gezeigt werden soll, wie es mit der »Integration neuer Menschen«, dem Grünverlust und der kommenden Verkehrssituation beschaffen ist. Der TeilnehmerInnenbeitrag beläuft sich auf 10/7 €.





Der Arbeitskreis feministische Bildung der Hamburger LINKEN lädt am **Sonntag, den 1. Juli**, ein zu einem **Spaziergang an der Elbkante**. Die um 17.00 Uhr an der Großen Elbstraße 132 beginnende Tour »öffnet Fenster in unzugängliche Arbeitswelten. Zu hören sind **kaum bekannte Geschichten von Frauen in Hafenjobs heute und früher**.« Die Leitung obliegt Dr. Elisabeth von Dücker, Kunsthistorikerin und Kuratorin des autonomen Projekts FrauenFrei-luftGalerie.

Nahezu 1.400 Sinti und Roma wurden zwischen 1940 und 1944 über den Hannoverschen Bahnhof in Ghettos und Konzentrationslager in Osteuropa deportiert, die allermeisten haben diese Verschleppung nicht überlebt. Beate Köhler und Nicole Rupprecht, deren Verwandte als Sinti deportiert wurden, haben sich auf familiäre Spurensuche begeben. Am **Dienstag, den 3. Juli**, berichten sie um 19.30 Uhr im Ökumenischen Forum HafenCity (Shanghai-allee 12) über ihre **Recherchen in der eigenen Familie zu verfolgten und deportierten Sinti** und darüber, was die Verfolgung der Angehörigen für ihr heutiges Leben bedeutet.



Alle FreundInnen der Marburger, von Wolfgang Abendroth maßgeblich inspirierten Schule können sich freuen: Am **Mittwoch, den 4. Juli**, sind **Prof. Dr. Frank Deppe em.** und die Aktivistin **Joanne Dietze** auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Gast in Hamburg. Sie referieren bzw. diskutieren ab 19.00 Uhr in der Fabrique im Gängeviertel (Valentinskamp 34a, 1. Stock) über den **Muff von 1000 Jahren** und damit die Entwicklung seit den »Studentenunruhen« 1968.

Nur noch bis zum 6. Juli präsentiert das Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36) eine **Ausstellung**, bei der es um **Die Frauen der APO – Die weibliche Seite von 68** geht. Gezeigt werden Portraitfotos von Ruth E. Westerwelle, ergänzt um Kurzbiografien und zeitgenössische Zitate von insgesamt 37 Protagonistinnen der Außerparlamentarischen Opposition der 1960er Jahre. Die Ausstellung ist montags bis mittwochs und freitags von 10.00 bis 17.00 Uhr und donnerstags von 10.00 bis 20.00 Uhr zu besichtigen.

— DIE FRAUEN
DER APO —
DIE WEIBLICHE
SEITE VON 68
PORTRAITS VON
RUTH E. WESTERWELLE



Am **Donnerstag, den 19. Juli**, wird im Mahnmal St. Nikolai (Willy-Brandt-Straße 60) eine neue **Ausstellung** eröffnet. Unter dem Titel **Vor uns lagen nur Trümmer** geht es um **KZ-Häftlinge im Einsatz nach der »Operation Gomorrha«**, d.h. nach den alliierten Fliegerangriffen auf Hamburg im Juli/August 1943. Der Eintritt ist frei, die Ausstellung ist noch bis zum 29. September anzuschauen. Auf der zentralen **Gedenkveranstaltung** in Erinnerung an die Ereignisse vor 75 Jahren sprechen am **Sonntag, den 22. Juli**, um 14.00 Uhr im Mahnmal Bischöfin Kirsten Fehrs, Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher, Erzbischof Dr. Stefan Heße und Wolf Biermann; dazu wird die vertonte Coventry-Litanei aufgeführt.

Um Armut, Ausgrenzung, Obdachlosigkeit und Hilflosigkeit geht es beim – mittlerweile dritten – **Wohnungslosentreffen**, das in diesem Jahr **vom 22. bis 29. Juli in Freistadt bei Bremen** durchgeführt wird. Fahrtkosten können bezuschusst werden, die Verpflegung und Unterkunft ist kostenfrei, die Unterbringung ist in Form von Feldbetten in Zelten organisiert. Wichtig, die Zahl der Teilnehmenden ist auf 120 beschränkt, eine Anmeldung muss bis zum 30. Juni unter www.wohnungslosentreffen.de erfolgen. Organisiert wird der Event von der Selbstvertretung Vereinter Wohnungsloser.



8.000 HamburgerInnen auf dem MIETENmove



Auf der Mönckebergstraße, 2.6.2018 (Fotograf: Michael Joho)

Es war eine bunte und machtvolle Demonstration, die sich am 2. Juni vom Spielbudenplatz durch die Hamburger City bis zum abrisgefährdeten City-Hof am Klosterwall hinzog.

Wir berücksichtigen hier nachfolgend die Pressemitteilung des SprecherInnenrats des Netzwerks Recht auf Stadt vom 3. Juni.

8.000 Menschen demonstrieren für eine solidarische und soziale Wohnraumpolitik

Rund achttausend Menschen sind heute beim MIETENmove in Hamburg für eine andere Wohnraumpolitik auf die Straße gegangen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus 127 Initiativen und Gruppen. Beim MIETENmove demonstrierte eine Vielfalt von betroffenen Menschen aus verschiedenen Stadtteilen durch die Stadt – von Wohnungslosen, über Mieter*innen, bis hin zu Bauwagenbewohner*innen und Gewerbetreibenden.

Seit Jahren steigen die Mieten in der Stadt massiv an. Die Politik des rot-grünen Senats schafft es nicht, dem Mietensinn Einhalt zu gebieten. Christina Zeh, aktiv bei Pro Wohnen Ottensen, fordert daher: »Wir brauchen einen Abkehr von einer Politik, die sich an den Interessen von Investor*innen orientiert. Der Senat muss endlich damit aufhören, mit Leuchtturmprojekten die Stadt attraktiv für Besserverdienende zu machen, und stattdessen dafür sorgen, dass Hamburg bezahlbar bleibt!«

Marco Alexander Hosemann, aktiv im Sprecher*innenrat des Netzwerks Recht auf Stadt Hamburg, resümiert: »Mit dem MIETENmove haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt. Den Gewinninteressen von Investor*innen und Immobilienbesitzer*innen müssen deutliche Schranken gesetzt werden! Die Stadt muss aufhören, Grundstücke an profitorientierte Unternehmen zu verschern. Die im Besitz der Stadt befindliche SAGA muss ihrer sozialen Aufgabe gerecht werden, sie muss bezahlbaren Wohnraum sichern und neuen Wohnraum am Bedarf orientiert schaffen!«

Mit dem MIETENmove ist es der Bewegung für das Recht auf Stadt gelungen, ihre Kritik und ihre Forderungen auf die Straße zu tragen. Die nächsten Aktionen sind in Planung – unter anderem eine Konferenz der Stadtteile im Herbst diesen Jahres.

Sprecher*innenrat des Netzwerks Recht auf Stadt Hamburg

Kontakt per E-Mail: info@rechtaufstadt.net | Weitere Infos unter www.mietenmove.org

Drei Jahre »Mietpreisbremse«



Wohl eher letzteres... Mietenmove, 2.6.2018 (Foto: M. Joho)

Die sogenannte Mietpreisbremse ist am 5. März 2015 im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition (CDU/CSU, SPD) beschlossen worden und im gesamten Hamburger Stadtgebiet seit dem 1. Juli 2015 in Kraft, allerdings vorerst nur für fünf Jahre. Neumietverträge, die seitdem abgeschlossen wurden bzw. werden, müssen eine Mietobergrenze einhalten. Die zulässige Miete darf die ortsübliche Vergleichsmiete im jeweiligen Rasterfeld des aktuell gültigen Hamburger Mietenspiegels um maximal 10% übersteigen.

So weit, so gut. Doch de facto hat sich die Mietpreisbremse als zahloser Tiger erwiesen, was DIE LINKE auf Bundestags- wie auch auf Bürgerschaftsebene von vornherein prognostiziert hatte. Auf bestehende Mietverträge sollte sie ohnehin keine Anwendung finden, auch nicht auf neu errichtete Wohnungen, eben so wenig auf modernisierte und möblierte ... Und bei dem verbleibenden, vergleichsweise kleinen Rest von weiter vermieteten Wohnungen bürdete die Regelung NeumieternInnen auch noch auf, individuell Klage einzureichen, wenn die Neuvertragsmiete um mehr als 10% über dem betreffenden Mietenspiegelsatz liegt. Wer traut sich das? Allemal in Zeiten des grassierenden Wohnungsmangels? Und Strafen waren für VermieterInnen mit überhöhten Mieten auch nicht vorgesehen.

Die Veröffentlichung des »Hamburger Mietenspiegels 2017« im Dezember letzten Jahres hat unterstrichen, dass die Mietpreisbremse bestenfalls ein Mietpreisbremschen war, jedenfalls die erhoffte Deckelung der Mietpreissteigerungen völlig verfehlte. Denn gegenüber dem Mietenspiegel 2015 waren die durchschnittlichen Netto-Kalt-Mieten erneut um 5,2% gestiegen, nämlich von 8,02 auf 8,44 €. »Somit haben sich die Mieten fast drei Mal schneller als die Lebenshaltungskosten erhöht«, bilanzierte der Mieterverein zu Hamburg in seiner Pressemitteilung am 5. Dezember 2017. »Die zum 1. Juli 2015 eingeführte Mietpreisbremse konnte offenbar die erhoffte mietpreisdämpfende Wirkung nicht entfalten.« Wegen der Wirkungslosigkeit dieser von vornherein amputierten Miet-

preisbremse hat die Bundestagsfraktion der LINKEN bereits am 7. Juli 2016 eine umfassende Reform dieses Gesetzes gefordert, mit folgenden Eckpunkten:

- Vermieter*innen müssen die Höhe der Vormiete offenlegen.
- Zuviel gezahlte Miete muss ab Mietbeginn zurückgezahlt werden.
- Vermieter*innen, die gegen die Mietpreisbremse verstoßen, müssen bestraft werden.
- Die Streichung aller Ausnahmen für die Mietpreisbremse.
- Die Mietpreisbremse muss bundesweit einheitlich und unbefristet gelten.
- Als zulässige Höchstmiete gilt die ortsübliche Vergleichsmiete (Mietenspiegel) oder die darunter liegende Miete, wenn Vormieter*innen weniger gezahlt haben.

Den vollständigen Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 7.7.2016 gibt es hier: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/091/1809123.pdf>

Wie zur Bestätigung der Kritik wurde Ende April 2018 die neue »Ohnmoor-Studie« vorgestellt. SchülerInnen des Gymnasiums Ohnmoor hatten insgesamt mehr als 5.000 Wohnungsinserate verschiedener Online-Immobilienportale für das erste Quartal 2018 ausgewertet und kamen dabei auf einen durchschnittlichen Mietpreis von sage und schreibe 13,24 €/qm, das heißt, 4,4% mehr als ein Jahr zuvor (www.mieterverein-hamburg.de/export/sites/default/content/dokumente/urteile/Pressemitteilung-Mieterverein-zu-Hamburg_Ohnmoor.pdf). Damit fallen die realen Marktmieten um 60% höher aus, als der Mietenspiegel eigentlich vorsieht. So viel zur Bedeutungslosigkeit der Mietpreisbremse!

Die Bürgerschaftsdebatte am 16. Mai 2018 hat gezeigt, dass der Senat von dieser Entwicklung nichts wissen will, auch nicht davon, dass sich laut einer repräsentativen Umfrage der »ZEIT« (Hamburg-Ausgabe) vom 22. März 2018 »70% der Hamburger Bevölkerung ... große oder sehr große Sorgen (machen), dass sie sich das Wohnen in der Stadt bald nicht mehr leisten können«. SPD und GRÜNE heben alleine auf die Wohnungsbauzahlen ab und ignorieren die katastrophalen Auswirkungen der Mietenexplosion.

Der neue Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht leichte Verbesserungen der Mietpreisbremse vor. So sollen die VermieterInnen verpflichtet werden, die Vormiete gegenüber den neuen MieterInnen offenzulegen, auch soll die Rüge der Miethöhe durch die NeumieterInnen vereinfacht werden. Und bis Ende 2018 soll die Mietpreisbremse evaluiert werden. Damit ist wohl klar, dass es auch weiterhin bei einem stumpfen Mietpreisbremschen bleiben wird.

Zuguterletzt oder besser wohl: als neuestes, trauriges Kapitel in der eh nicht gerade von Ruhmesblättern gesäumten Geschichte der Mietpreisbremse stellte sich Mitte Juni 2018 heraus, dass der Hamburger Senat zu allem Überfluss auch noch vergessen hatte, rechtzeitig eine anständige Begrün-

dung zu formulieren und vor allem zu veröffentlichen. Einem Mieter in der Bleickenallee, der seit 2016/Anfang 2017 gegen seine überhöhte Miete klagte, fiel die Untätigkeit des Senats nun auf die Füße: Auch in zweiter Instanz wurde sein Begehrt unter Verweis auf die erst am 1. September 2017 vorgelegte Begründung abgelehnt. Das »Hamburger Abendblatt« titelte daraufhin: »Gericht kippt Mietpreisbremse in der jetzigen Form« (15.6.2018). Inwieweit dieser mehr als nur handwerkliche Fehler damit zusammenhängt, dass die Immobilienverbände die Mietpreisbremse ablehnten und im »Bündnis für das Wohnen in Hamburg« Druck machten, soll jetzt eine Kleine Anfrage klären helfen. Am 29. Juni dürfte die Senatsantwort vorliegen. Und wir sind gespannt. Auch auf die Antwort zu dieser Frage: »Wie gedenkt der Senat im konkreten Fall des klagenden Mieters der Bleickenallee vorzugehen, der sich ja im festen Vertrauen auf die Rechtswirksamkeit der vom Senat verkündeten Mietpreisbremse vor Gericht begeben hat, nun mit der juristischen Niederlage und Gerichtskosten in vierstelliger Größenordnung konfrontiert ist und zudem mit einer eher unfreundlichen Reaktion des Vermieters rechnen muss?«

Das Mietrechtsmodernisierungsgesetz

Berlin macht's vor: Zu einer neuen wohnungspolitischen Initiative des Senats



So sollte es sein! Mietenmove, 2.6.2018 (Foto: Michael Joho)

Viel zu wenig bekannt ist unseres Erachtens, was sich seit einiger Zeit vor allem wohnungspolitisch in Berlin abspielt. Dort ist aus der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 bekanntlich eine rot-rot-grüne Landesregierung hervorgegangen. Schon der am 16. November 2016 vereinbarte Koalitionsvertrag ließ an einigen Stellen aufmerken. Vor allem aber sorgen Katrin Lompscher (DIE LINKE) und ihr MitarbeiterInnen- und BeraterInnenstab (darunter Andrej Holm) für Aufsehen. Katrin Lompscher fungiert seit Dezember 2016 als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin und zeigt punktuell, was sich in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik bewegen lässt, jedenfalls deutlich

mehr, als dass in Hamburg bisher unter Rot-Grün der Fall ist. Wir dokumentieren hier eine Initiative des Berliner Senats, die in Bälde dem Bundesrat zur Abstimmung vorliegen wird. Bezeichnend genug, dass Hamburgs grüner Justizsenator Till Steffen den Berliner Entwurf eines »Gesetzes zur Modernisierung des sozialen Mietrechts« laut »Hamburger Abendblatt« vom 2. Juni »weitgehend« unterstützt, während ausgerechnet die zuständige Senatorin Dorothee Stapelfeldt »skeptisch« ist. Selbst das Abendblatt kann sich diesen Kommentar nicht verkneifen: »Die Skepsis gegenüber den Berliner Vorschlägen dürfte mit dem Hamburger »Bündnis für das Wohnen« zusammenhängen.«

Hier folgt die Pressemitteilung des Berliner Senats vom 29.5.2018 (www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.705909.php).

Senat beschließt Bundesratsinitiative zur Verbesserung des Mieterschutzes

Aus der Sitzung des Senats am 29. Mai 2018:

Auf Vorlage der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, und des Senators für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Dirk Behrendt, hat der Senat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des sozialen Mietrechts (Mietrechtsmodernisierungsgesetz) beim Bundesrat einzubringen. Ziel der Gesetzesinitiative ist es, alle Mieterinnen und Mieter wirkungsvoll vor rasant steigenden Mieten zu schützen.

Senatorin Lompscher: »Kein Mieterhaushalt soll zukünftig mehr wegen steigender Mieten seine Wohnung verlieren. Allgemeine Mieterhöhungen sowie nach Modernisierung sollen mit der Bundesratsinitiative eingeschränkt, die Mietpreisbremse geschärft, das Instrument des Mietspiegels gestärkt und Mietpreisüberhöhungen besser verfolgt werden. Damit wird das soziale Mietrecht seinem Namen wieder gerecht.«

Senator Dr. Behrendt: »Die soziale Frage in der Stadt des 21. Jahrhunderts ist die des Wohnens. Mit der Bundesratsinitiative wollen wir dem Mietrecht seinen sozialen Charakter wieder zurückgeben. Wir packen die bestehenden Probleme an, beispielsweise bei Mieterhöhungen zu Vertragsabschluss und bei bestehenden Verträgen und kostentreibenden Modernisierungen.« Der Berliner Gesetzentwurf sieht im Wesentlichen folgende Verbesserungen vor:

Mietpreisbremse

- Die Befristung der Mietpreisbremse wird aufgehoben.
- Zwei Ausnahmeregelungen von der Mietpreisbremse werden gestrichen: So gilt die Mietpreisbremse künftig auch im Falle einer höheren Vormiete und bei umfassend modernisierten Wohnungen.
- Bei Vermietung einer möblierten oder teilmöblierten Wohnung wird der Möblierungszuschlag auf einen angemessenen Betrag begrenzt.
- Der Verstoß gegen die Regelungen der Mietpreisbremse wird neu als Ordnungswidrigkeit im Wirtschaftsstrafgesetz definiert und kann behördlich verfolgt werden.

Mieterhöhungen im Bestand

- Mieterhöhungen um bis zu 20 Prozent, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten um höchstens 15 Prozent (Kappungsgrenze), sollen nur noch innerhalb von fünf Jahren möglich sein. Bislang gilt ein Zeitraum von drei Jahren. Das Mieterhöhungspotenzial sinkt somit um 40 Prozent.
- Die Datenbasis für die Abbildung der ortsüblichen Vergleichsmiete im Mietspiegel wird erweitert. Zukünftig sollen alle Mietänderungen und Neuabschlüsse der letzten zehn Jahre – und nicht wie bisher der letzten vier Jahre – zur Bildung der ortsüblichen Vergleichsmiete berücksichtigt werden.

- Bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels wird nur noch dieser als Begründungsmittel für eine Mieterhöhung anerkannt. Die Anforderungen an die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels werden klarer gefasst.

Mieterhöhungen nach Modernisierung

- Die Modernisierungsumlage wird von elf auf sechs Prozent gesenkt.
- Die Modernisierungsumlage soll nur noch bei bestimmten Maßnahmen greifen: Es können lediglich noch Modernisierungskosten für energetische Modernisierungsmaßnahmen und barriereermindernde Maßnahmen umgelegt werden. Die Modernisierungsumlage wird zudem auf den Zeitraum der Refinanzierung der eingesetzten Modernisierungskosten beschränkt. Weiterhin wird für die Höhe der Modernisierungsumlage eine absolute Kappungsgrenze von zwei Euro je Quadratmeter monatlich für einen Zeitraum von acht Jahren eingeführt. Abweichend davon darf in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die Miete nach Modernisierung zukünftig die ortsübliche Vergleichsmiete nicht mehr als zehn Prozent übersteigen.
- Die Härtefallklausel wird konkretisiert: Ein wirtschaftlicher Härtefall soll in der Regel dann vorliegen, wenn der Mieterhaushalt mehr als 40 Prozent des Haushaltseinkommens für die Miete einschließlich der Heizkosten ausgeben muss.

Kündigungsschutz

- Der Kündigungsschutz der Mieterinnen und Mieter bei Zahlungsverzug wird verbessert. Mieterinnen und Mieter sollen ihre Wohnung auch bei einer ordentlichen Kündigung behalten können, wenn sie den Mietrückstand rechtzeitig nachzahlen. Bislang bestand diese Möglichkeit nur im Fall einer außerordentlichen Kündigung.

Mietspiegel

- Die Datenbasis für die Abbildung der ortsüblichen Vergleichsmiete im Mietspiegel wird erweitert. Zukünftig sollen alle Mietänderungen und Neuabschlüsse der letzten zehn Jahre – und nicht wie bisher der letzten vier Jahre – zur Bildung der ortsüblichen Vergleichsmiete berücksichtigt werden.
- Bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels wird nur noch dieser als Begründungsmittel für eine Mieterhöhung anerkannt. Die Anforderungen an die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels werden klarer gefasst.

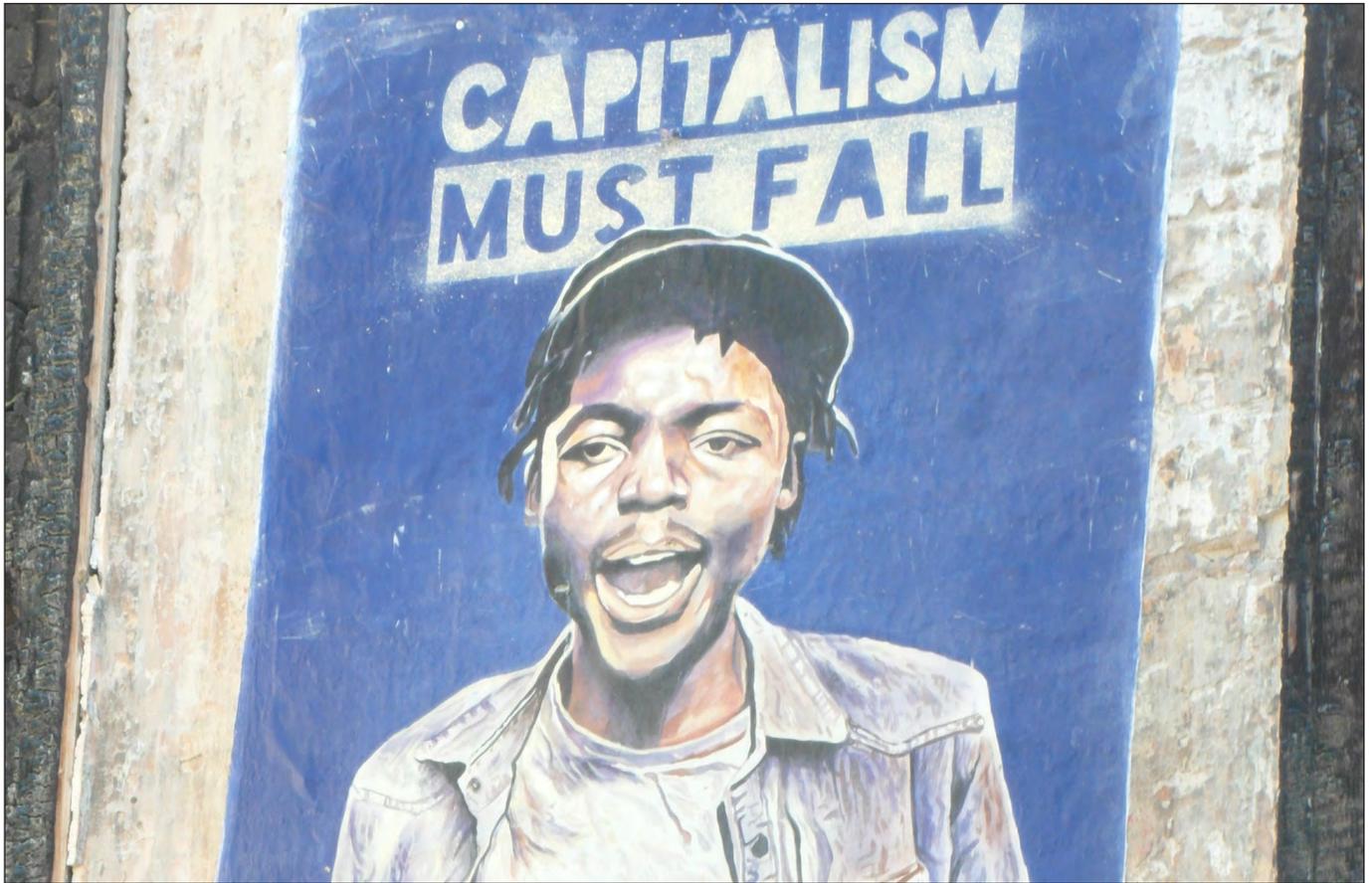
Verschärfung des Wirtschaftsstrafgesetzes

- Um unzulässige Mietpreisüberhöhungen auch ordnungsrechtlich erfolgreich verfolgen zu können, wird die sich hierauf beziehende Regelung im Wirtschaftsstrafgesetz praxisstauglich geändert.

Damit die Berliner Initiative Gesetzeskraft erlangen kann, sind die Zustimmung des Bundesrates und der Beschluss durch den Deutschen Bundestag notwendig.

Plädoyer für ein anderes Gesellschaftssystem

von Joachim Federwisch



Wandzeichnung in Athen 2017 (Foto: Michel Joho)

In größeren Abständen äußert sich Dr. Joachim Federwisch im »BürgerInnenbrief« seit April 2016 zu aktuellen Problemen und Entwicklungen, so auch in dieser Ausgabe. Wir danken dem ehemaligen Sozialdemokraten und langjährig in der Erwachsenenbildung tätigen Sozialwissenschaftler für seinen nachfolgenden, engagierten Beitrag.

Die »freie Marktwirtschaft« im System des Kapitalismus ist der Hauptverursacher unserer existenziellen Probleme. Leider hat sich das System nahezu verselbstständigt, d.h. der Vorrang (Primat) der Politik wurde nach und nach den »Marktkräften« unterworfen. Bezeichnend dafür war Merkels Aussage: »Wir müssen die Demokratie marktfähig machen.«

Die Vertreter des internationalen Finanzkapitals haben es geschafft, den »freien Handel« als eine Art Grunddogma über alle anderen Interessen bzw. objektiven Notwendigkeiten zu stellen. Mit sogenannten Freihandelsabkommen sollen nun die traurigen Restbestände von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollständig ausgehöhlt werden. Am Ende bliebe dann nur noch die Fassade erhalten.

Dieses System sorgt dafür, dass immer mehr Kapital in immer weniger Händen konzentriert wird, die Superreichen also immer reicher und die am Existenzminimum Lebenden immer zahlreicher werden. Eine solche Entwicklung ist auf Dauer

nicht hinnehmbar. Sie ist auch nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar, weil sie letztlich gegen die Grundpfeiler unseres Wertesystems verstößt, Art. 1 Abs. 1 GG (Menschenwürde), Art. 3 Abs. 3 (Chancengleichheit), Art. 14 Abs. 2 (Eigentum soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen), Art. 20 Abs. 1 (Sozialstaatspostulat) und der aus dem Geist des GG ableitbaren Verpflichtung des Staates für die Daseinsvorsorge (z.B. die Versorgung mit sauberem Trinkwasser, Schulen, Krankenhäuser etc.).

Hatte schon Karl Marx in seinem Hauptwerk »Das Kapital« hervorgehoben, dass es für alle Waren und Dienstleistungen einen Preis gibt, so stellen wir heute fest, dass sich dieses Theorem perfektioniert hat, weil ALLES am Markt beziffert wird. Allerdings unterliegen die meisten Preise nicht dem Kräftespiel von Angebot und Nachfrage, wie uns die neoliberalen Ideologen immer wieder weismachen wollen. Obwohl es viel zu wenig ausgebildete Pflegefachkräfte gibt, steigt der Preis (Lohn) für sie nicht, eher ist das Gegenteil der Fall. Ein Überangebot an Büro- und Ladenfläche führt nicht dazu, dass die Quadratmeterpreise für diese Immobilien sinken. Bei sinkender Nachfrage nach Zeitungen und Zeitschriften steigen die Preise, obwohl sie eigentlich fallen müssten. Die hoch subventionierte Landwirtschaft produziert völlig losgelöst vom Markt. Derartige Beispiele gibt es, wo man hinschaut!

Doch das eigentliche Grundübel besteht darin, dass aus Sicht des Finanzkapitals Preise nicht als ein »Gegenwert«, sondern als »Kostenfaktoren« (besonders übel: der Mensch als Kostenfaktor!) wahrgenommen werden! Da aber das Ziel des Finanzkapitals in der Gewinnmaximierung besteht, führt dies zwangsläufig dazu, die Kosten zu minimieren. Darüber hinaus funktioniert das System umso reibungsloser, wenn ein stetiges Wachstum erzeugt wird. Auch dieser Wachstumswahn führt für sich allein betrachtet zwangsläufig in die Katastrophe. In der Natur gibt es kein einziges Beispiel für unendliches Wachstum, und die Geschichte lehrt uns, dass alle großen Reiche daran zugrunde gegangen sind, sich immer weiter ausgedehnt zu haben (siehe Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte).

Aus der Sicht des Finanzkapitals beschränkt sich die Aufgabe des Staates in erster Linie darin, möglichst günstige Rahmenbedingungen für die Vermehrung des Finanzkapitals (verkürzt = Wirtschaftswachstum) zu schaffen respektive möglichst wenig regulativ in den Marktmechanismus einzugreifen.

Dies wurde nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« immer nachdrücklicher von den Wirtschaftseliten eingefordert und von den politisch Verantwortlichen dann überwiegend willfährig umgesetzt, insbesondere von Thatcher, Blair, Kohl und Schröder in der EU oder von den US-Präsidenten seit Reagan. Diesen Beispielen folgten dann nacheinander fast alle anderen Regierungen im »Westen«.

Dies führte dazu, dass soziale Berufe wie z.B. in der Alten- und Krankenpflege, in der Kinderbetreuung, in den öffentlichen Bildungseinrichtungen und bei der Polizei relativ schlecht bezahlt werden, obwohl sie der Daseinsvorsorge und/oder dem Allgemeinwohl dienen, während Angehörige dem Allgemeinwohl tendenziell schädlicher Berufe wie z.B. Investmentbanker oder Versicherungsmakler zu den Topverdienern gehören. Völlig aus dem Ruder gelaufen sind die Einkünfte von Spitzensportlern, vor allem Fußball-Profis.

Diese Diskrepanz ist weder unter ethischen noch unter sachlich-objektiven Gründen auch nur ansatzweise zu rechtfertigen.

Unser System sorgt, wie schon erwähnt, für eine wachsende Ungleichheit. Diese Ungleichheit beruht aber nicht darauf, dass die einen »mehr leisten« als die anderen, wie von den Ideologen oft und gern behauptet oder zumindest mit dem absurden Begriff der »Leistungsgesellschaft« suggeriert wird. Die wachsende Ungleichheit beruht einerseits darauf, dass die Profiteure über die Deutungshoheit verfügen bzw. mächtig genug sind, dafür zu sorgen, dass es so schnell niemand wagt, ihnen ernsthaft in die Quere zu kommen. Den politisch Verantwortlichen wird, wenn sie nicht willfährig sind, im Zweifelsfall mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in größerer Anzahl gedroht.

Diese Vorgehensweise funktioniert bislang ziemlich gut. Keine Bundesregierung hat es bis heute gewagt, sich mit der Autobranche anzulegen, auch Siemens, BASF, Allianz, die Deutsche Bank sind z.B. Unternehmen, die mit Samthandschuhen angefasst werden.

Dies gilt insbesondere auch dann, wenn derartige Konzerne Umweltauflagen missachten und Raubbau an unseren ökologischen Lebensgrundlagen betreiben! Unser System steht definitiv nicht im Einklang mit der ökologischen Umwelt (Natur). Der angeblich vernunftbegabte Mensch ist dumm genug, seine Luft zum Atmen und sein Wasser zum Trinken zu verseuchen und sich damit selbst den Boden unter den Füßen wegzureißen. Ob Tiere und Pflanzen überleben, interessiert die Mehrheit der Menschen offenkundig einen Scheißdreck. Andernfalls hätten sie den dafür verantwortlichen Kapitalismus schon längst hinweggefegt!

In unserem System setzen sich im Endeffekt immer die Kapitalinteressen durch. Soziale, ethische oder ökologische Einwände werden entweder ignoriert oder als »Nostalgie« abgetan. In hartnäckigen Fällen wird auf die politisch Verantwortlichen Druck ausgeübt. Gern wird behauptet, im Zeitalter der Globalisierung könne man »dagegen« nichts machen!

Wir können nun nach der Vogel-Strauß-Methode den Kopf in den Sand stecken und so tun, als wäre das alles übertriebene Schwarzseherei. Allerdings müssen wir uns dann tagtäglich in die Tasche lügen, um unser Gewissen zu beruhigen. Die Alternative wäre, sich **jetzt** dafür einzusetzen, dass dieses System dorthin kommt, wo es hingehört: in den Mülleimer der Geschichte. Also sollten wir so schnell wie möglich über ein neues Gesellschaftsmodell diskutieren. Ein System, in dem das Allgemeinwohl zur obersten Handlungsmaxime erklärt wird und das vor allem auch darauf ausgerichtet ist, im Einklang mit der Natur zu stehen.



Bekennnis zur globalen Solidarität in Athen, 2017 (Foto: Michel Joho)

Kultur Tipp: Zur Revolution 1918/19



Abbildung: Museum für Hamburgische Geschichte

Über viele Jahrzehnte wurde sie vergessen (gemacht), die wahrscheinlich größte Erhebung großer Teile des deutschen Volkes: die Novemberrevolution 1918. Sie brachte zunächst den Sturz des Kaisers und das Ende des Völkerschlachtens im Ersten Weltkrieg. In ihrer dramatischen Phase stand auf der Kippe, ob es die von Karl Liebknecht propagierte sozialistische Perspektive der Arbeiter- und Soldatenräte oder eine parlamentarische Zukunft à la Philipp Scheidemann geben würde. Obsiegt hat bekanntlich die zweite Variante, und alle darüber hinaus gehenden Versuche wie die Bremer und die Bayerische Räterepublik wurden unter dem Befehl Gustav Noskes »Einer muss der Bluthund sein!« niedergemacht. Nichtsdestoweniger hat die Novemberrevolution auch das Frauenwahlrecht, das (umstrittene) Betriebsrätegesetz und den Acht-Stunden-Tag gebracht ...

Erstmals seit Jahrzehnten wird auch in Hamburg dieser großen Manifestation für Frieden, Brot und eine andere Gesellschaftsordnung endlich die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Vor diesem Hintergrund sei allen LeserInnen der Besuch der Ausstellung »Revolution! Revolution? Hamburg 1918-1919« empfohlen. Gezeigt wird sie bis zum 25. Februar 2019 im Museum für Hamburgische Geschichte (MHG, Holstenwall 24). Zu sehen sind Flugblätter, Plakate und – zum Teil beeindruckende große – Fotos von den Geschehnissen und rebellischen Menschen. Es gibt aber auch eine Reihe von Installationen und Möglichkeiten, sich interaktiv mit bestimmten Aspekten der Ereignisse zu beschäftigen: Tagebücher, Kochrezepte, Audioaufzeichnungen usw. Zugänglich ist die Ausstel-

lung montags, mittwochs, donnerstags und freitags von 10.00 bis 17.00 Uhr, samstags und sonntags von 10.00 bis 18.00 Uhr. Der Eintritt ist mit 9,50 € (ermäßigt 6,- €) für EinzelbesucherInnen allerdings recht hoch, GruppenbesucherInnen ab zehn Personen zahlen immer noch 7,- €. Immerhin, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre haben freien Zugang.

Eine Möglichkeit, das Angenehme mit dem Guten zu verbinden, ist der Besuch des wirklich empfehlenswerten Theaterstücks »Revolution!? Ein Schauspiel zu den politischen Umbrüchen in Deutschland 1918/19«, vom vierköpfigen Axensprung-Theaterensemble genial dargeboten im Foyer des MHG. Mit Originalzitate, in wunderbaren Kostümen und mit gelungenen Akzentsetzungen werden die Ereignisse zwischen den letzten Kriegstagen 1918 und der Niederschlagung der Revolution in Deutschland 1919 zwischen Berlin und Hamburg mitreißend »erzählt«, politisch-historisches Schauspiel vom Besten. Es gibt nur wenige Aufführungstermine (Sonntag, 28.10., 11.11., 18.11.2018, 20.1.2019, 24.2., jeweils um 19.00 Uhr; sowie Dienstag 13.11. und 20.11. jeweils um 10.30 Uhr), die haben bei den Sonntagsterminen aber den Vorteil, dass der Eintritt von 18,- € (ermäßigt 10,- €) dazu berechtigt, ab 17.00 Uhr kostenfrei die Ausstellung anzuschauen.

Mehr Infos zum Theaterstück gibt es hier: www.revolution1918.de/, über die Ausstellung und weitere Begleitveranstaltungen lässt sich hier mehr erfahren: www.hamburg-museum.de/de/home. Empfehlenswert ist zudem die Website <http://hamburg-18-19.de>, über die allgemeine Informationen zu den Ereignissen in Hamburg zu bekommen sind.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.